

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

am Mittwoch gab es eine **erneute Generaldebatte zur Eurokrise**, bevor die Bundeskanzlerin zum Gipfeltreffen nach Brüssel abreiste. Dies war kein normales Gipfeltreffen, sondern eine Operation am offenen Herzen Europas. Wir haben einen fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP verabschiedet, der die Rahmenbedingungen für die Verhandlungen der Kanzlerin gesetzt hat. Bei einem fraktionsübergreifenden Antrag ist immer klar, dass hier nicht 100 Prozent SPD drinsteckt, sondern dass dies ein Kompromiss ist. Aber es ist ein für Europa außerordentlich wichtiger Kompromiss.

Zudem war es ein wichtiges Zeichen, dass der Bundestag hier geschlossen der Bundesregierung ein Verhandlungsmandat gibt. Lange weigerte sich die Bundesregierung, den gesamten Bundestag an dieser Entscheidung überhaupt zu beteiligen. Ihrer Meinung nach sollte darüber nur der Haushaltsausschuss in geheimer Abstimmung entscheiden. Dass es nun eine öffentliche Debatte gab, ist ein Erfolg für die Beteiligungsrechte des Bundestags und ein Erfolg für die Opposition, die diese Beteiligung immer wieder eingefordert hatte.

**Ich habe diesem Entschließungsantrag zugestimmt, weil wir der Gefahr für den Euro, für unsere gesamte europäische Wirtschaft und für unsere Arbeitsplätze entschieden begegnen müssen.** Die SPD ist und bleibt eine verlässliche Kraft für Europa. Wir haben daher zugestimmt, obwohl es die schwarz-gelbe Regierung eigentlich nicht verdient hätte. Denn es gibt ein neues Merkelsches Gesetz: „Je bestimmter ich etwas ausschließe, desto sicherer kommt es.“ Diese Regierung hat ein Hick-Hack hingelegt, das ich in meiner ganzen Zeit im Bundestag noch nicht erlebt habe. Alles, was die Regierung vor drei Wo-



**Berlin-Brief, Ausgabe 105**  
**28. Oktober 2011**

*Meine Termine*

**Willy-Brandt-Abend der SPD Heilbronn-Land mit Jubilarehrung und Verleihung der Willy-Brandt-Medaille**

*04.11.2011, 19 Uhr, Neckarsulm, Genossenschaftsheim, Christian-Rieker-Str. 20*

**Quergedacht in Baden-Württemberg: Welchen Platz haben EinwandererInnen in unseren Parteien? Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung**

*05.11.2011, 10 Uhr, Stuttgart, CVJM, Büchsenstr. 37*

**Jahreshauptversammlung des Unternehmensverbands der Deutschen aus Russland**

*05.11.2011, 16 Uhr, Stuttgart, Jugendherberge, Haußmannstr. 27*

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

chen dementiert hatte, wurde nun beschlossen, darunter auch der Schuldenschnitt für Griechenland, den wir Sozialdemokraten bereits seit einem Jahr fordern. Ich freue mich, dass die Regierung von uns lernt, aber es ist eine Katastrophe, wie die Kanzlerin immer wieder mit Nebelkerzen wirft und die Wahrheit nur in Salamtaktik überhaupt preisgibt. Wir haben mit unserer Zustimmung für die Verhandlungen nicht das Chaos dieser Regierung unterstützt, sondern wir wollen den Frieden in Europa nicht aufs Spiel setzen. Wenn nur wegen der unzuverlässigen deutschen Regierung die Rettung unserer gemeinsamen Währung und unserer gemeinsamen Wirtschaft misslingt, ist dies ein Schaden, der über Jahrzehnte nicht wiedergutmachen wäre. Daher habe ich zugestimmt, wenn auch mit Bauchschmerzen, da diese Regierung keine Unterstützung verdient hätte.

Für mich wird jedoch immer klarer: **Die Forderungen nach einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftsstrategie und nach stärkerer Finanzmarktregulierung sind notwendiger denn je.** Bereits seit der Vorlage der Strategie der EU „Europa 2020“ im Jahr 2010 betone ich, wie wichtig es ist, dass es eine abgestimmte Wirtschaftsstrategie innerhalb der gesamten EU gibt, damit wir keinen Steuerwettbewerb und kein Lohndumping mehr haben. Jedoch sind leider entweder die europäischen Institutionen zu schwach oder die Mitgliedstaaten erwehren sich jeder Veränderung, jedenfalls werden noch nicht mal die meiner Meinung nach zu wenig ehrgeizigen Ziele der Strategie Europa 2020 umgesetzt. Europa kann langfristig nur aus der Krise kommen, wenn wir unsere Wirtschaft aufbauen und wenn auch für Griechenland eine klare wirtschaftliche Perspektive besteht. Denn die Politik darf dem Treiben der Märkte nicht nur hilflos zusehen, sondern muss den Märkten eine überzeugende und entschlossene politische Regulierung entgegensetzen. Nur dann, wenn wir zeigen, dass wir diese Krise in Europa gemeinsam bewältigen können, gewinnen wir das Vertrauen in die Politik und in unsere Demokratie zurück.

Am Mittwochabend haben wir im Plenum über **das 50jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens Deutschlands mit der Türkei** gesprochen. Es ist wichtig, dass wir anerkennen, dass Gastarbeiter aus der Türkei, aber auch aus vielen anderen Staaten, einen entscheidenden Anteil an unserem deutschen Wirtschaftswunder hatten. Integrationspolitik war zu dieser Zeit leider kein Thema. Heute diskutieren wir über Integration, doppelte Staatsbürgerschaft und Visa-Vergabe – jedoch empfinde ich diese Debatten oft als rein juristisch fixiert. Wir brauchen mehr Herz in unserer Integrationspolitik, und dazu brauchen wir die Erfahrungen unserer Gastarbeiter. **Meine Rede finden Sie anbei.**

Mit freundlichen Grüßen

